

Immer mehr Anzeigen gegen Tierquäler

Wer seine Tiere misshandelt oder vernachlässigt, wird konsequenter verfolgt als früher

Heute kommt es rascher zur Strafanzeige gegen Tierquäler. Der Tierschutz zeigt sich damit zufrieden, wünscht sich aber auch härtere Strafen.

VON DANIEL BALLMER UND STEFAN FRECH

Unterernährte Katzen, geschlagene Pferde, vernachlässigte Kälber, Kaninchen in kleinen Käfigen, verdreckte Kühe. Die Liste der im Kanton Basel-Landschaft geahndeten Tierquälereien wird immer länger. 2007 wurden noch 5 bis 10 Anzeigen registriert. Im vergangenen Jahr waren es bereits gegen 20. «Dieser Anstieg der verfolgten Verstöße gegen das Tierschutzgesetz ist schweizweit festzustellen und in erster Linie positiv zu werten», erklärt Vanessa Gerritsen von der schweizerischen Stiftung für das Tier im Recht. «Wir gehen nämlich davon aus, dass es nicht mehr Tierschutzverstöße gibt, sondern die Bereitschaft in der Bevölkerung und bei den Behörden gestiegen ist, diese Straftaten auch anzugehen.»

DIE MEISTEN kantonalen Veterinärämter gehen laut Gerritsen rigoroser gegen Tierquäler vor, seit im September 2008 ein strengeres Tierschutzgesetz in Kraft getreten ist. «Der Vollzug ist eigentlich gleich geblieben. Wir haben die Kontrollen im Kanton Basel-Landschaft nicht intensiviert», stellt Kantonstierarzt Ignaz Bloch klar. Fakt aber sei, dass die Schwelle für Strafanzeigen deutlich herabgesetzt worden sei. «Sprich: Es kommt heute deutlich rascher zu einer Anzeige als früher.» Und der Baselbieter Kantonstierarzt begrüßt die Verschärfung des neuen Tierschutzgesetzes, die bei den Kantonen auch zu einem einheitlichen Vollzug geführt habe.

Gerade im Bereich der Nutztiere würden schon seit Jahren systematische Kontrollen durchgeführt, was auch präventiv abschreckend wirke. «Heute gilt

Null-Toleranz, wenn beispielsweise Kälber ständig angebunden sind», betont Bloch. Die meisten Landwirte aber würden sich ans Tierschutzgesetz halten. Es gebe nur vereinzelt schwarze Schafe. «Die Bauern wissen natürlich, dass sie jederzeit kontrolliert werden können und das auch Auswirkungen auf die Direktzahlungen des Bundes haben könnte», sagt Bloch.

Deutlich mehr Arbeit als die Landwirte würden aber Hobbytierhalter verursachen. Bloch: «Oft fehlt es hier schlicht



Immer wieder stoßen die Kontrolleure auf Tiere, die in zu kleinen Käfigen leben oder ansonsten schlecht versorgt sind.

an Fachwissen.» In diesem Bereich seien die Behörden allerdings auf Meldungen aus der Bevölkerung angewiesen. Und tatsächlich sei die Sensibilität auch bei den Heimtierhaltern deutlich größer geworden. Es seien heute deutlich mehr Meldungen zu verzeichnen als früher. «Wir erhalten eine bis drei Meldungen in der Woche», sagt Bloch. «Nicht jede betrifft dann aber auch

«Bei uneinsichtigen Tierhaltern haben wir die Schraube klar angezogen.»

IGNAZ BLOCH, Kantonstierarzt Basel-Landschaft

wirklich einen Tierschutzfall.» Und der Baselbieter Kantonstierarzt betont in diesem Zusammenhang auch, dass die meisten Tierhalter daraus lernen würden. «Es

sind krasse Einzelfälle, wenn jemand uneinsichtig bleibt.»

DER STARKE ANSTIEG der Tierschutzstraffälle freut die Stiftung für das Tier im Recht. Sie fordert jedoch von den Kantonsbehörden, noch konsequenter Strafanzeigen einzureichen und vor allem auch schärfere Strafen zu verhängen. «Meistens sprechen die Staatsanwälte und Richter nur bedingte Geldstrafen und Bussen in der Höhe von durchschnittlich 500 Franken aus, obwohl bereits für fahrlässige Verstöße gegen das Tierschutzgesetz Bussen bis 20'000 Franken möglich wären», sagt Gerritsen. Verstöße gegen das Tierschutzgesetz hätten lange Zeit in Gesellschaft und Justiz als Kavaliersdelikt gegolten. Jetzt sieht sie aber einen neuen positiven Trend: «In den vergangenen zwei Jahren wurden höhere Bussen ausgesprochen.»

Ein manchmal noch konsequenteres Durchgreifen wünscht man sich beim Tierschutz beider Basel. «Die Strafen sollten härter sein», sagt Geschäftsführerin Béatrice Kirn. In einigen Fällen sollten die Behörden nicht noch eine zweite und eine dritte Chance geben. «Bedingte Geldstrafen schrecken zu wenig ab. Die Strafen müssen wehtun», findet Kirn. Immerhin handle es sich hier um Offizialdelikte. «Wiederholungstäter sind so nicht auszuschliessen.»

Es sei auch wichtig zu beachten, ob es sich um Unwissenheit handle, entgegnet Bloch. «Bei uneinsichtigen Tierhaltern haben wir die Schraube aber klar angezogen.» In der Regel würden happy Bussen anstrengt gestellt, denen meist auch gefolgt werde. «Das Strafmaß ist auch in einem Gesamtkontext zu sehen», betont Bloch. «Letztlich kann ein Tierquäler nicht härter bestraft werden als ein Mörder...»



Hunde werden besonders oft Opfer von Misshandlungen und vor allem auch von Vernachlässigung.

Ein Projekt läuft auf den Felgen

Das Projekt Bike Park Liestal ist vorerst vom Tisch. Der Kanton sieht Gefahren fürs Grundwasser. Die Initianten aber bleiben zuversichtlich

«Wir waren sehr motiviert, nun sind wir enttäuscht», sagt Till Schaltegger, Präsident des Vereins Bikepark Liestal. In unmittelbarer Nachbarschaft zum Liestaler Tennisclub an der Grenze zu Lausen sollte der Bikepark entstehen. Einer, der für Einsteiger und Fortgeschrittene etwas zu bieten haben sollte. Weil sich hier Sport- und Grundwasserschutzzone überlappen, liess der Verein ein Gutachten anfertigen. Gutachter Daniel Biehler gelangte zum Schluss, das Projekt könne umgesetzt werden. Die Fachstelle Grundwasser des Baselbieter Amts für Umweltschutz und Energie (AUE) erteilte den Initianten dennoch einen abschlägigen Bescheid.

«Grundsätzlich», erklärt Dominik Bänninger von der Fachstelle Grundwasser, sei das Erstellen von Anlagen in einer Schutzzone S2 nicht zulässig. Die Behörde könne hingegen aus wichtigen Gründen Ausnahmen gestatten, wenn eine Gefährdung der Trinkwassernutzung «ausgeschlossen» werden könne. Flurabstand und schützende Deckschicht seien an diesem Ort relativ gering.

Weil sich das Vorhaben mit Erdaufschüttungen, teilweise Bauten aus Holz und Beton, Abschälen von Oberböden und permanent vegetationsfreier Böden im direkten Zustrom des Pumpwerks Alte Brunnen befinden, sei eine unmittelbare Beeinträchtigung der Trinkwassernutzung nicht auszuschließen. «In diesem Falle», begründet Bänninger, «hat das öffentliche Interesse der



Aus der Traum: Für den Kanton «hat das öffentliche Interesse der Trinkwassernutzung klar Vorrang vor einem Biker Park».

Trinkwassernutzung klar Vorrang vor einem Biker Park».

SCHADE, aber das muss man akzeptieren», sagen alle am Projekt interessierten Parteien. Neben dem Verein Bikepark Liestal sind das die Stadt Liestal sowie das kantonale Sportamt. «Dieses An-

gebote würde gut zu Liestal passen», sagt Stadtrat Lukas Ott, «gerade wenn wir die Jungen für sportliche Betätigung gewinnen wollen, dürfen wir uns Trendsportarten nicht verschließen.»

Ganz begraben scheint das Projekt jedoch noch nicht zu sein. Thomas Beugger, Leiter des Baselbieter Sportamts, sagt: «Wir

unterstützen den Verein sicher weiter in seinen Bemühungen.» Er sieht im Projekt «eine Chance für den Bike-Sport in der Region». Ebenso überzeugt vom Projekt zeigt sich Ott: «Der Anteil an Eigeninitiative der Macher ist vordbildhaft, sie haben ein sehr professionelles Dossier eingereicht und nicht auf eine finanzielle Beteiligung unsererseits geschielt.»

NACH DER ERSTEN ENTÄUSCHUNG blickt auch Till Schaltegger wieder in die Zukunft. Und diese könnte vielleicht doch noch einen Biker Park bringen. «Zuerst überlegten wir uns, den Entscheid anzufechten» räumt er ein, «aber wir wollen wieder Streit noch unser gutes Verhältnis zur Stadt Liestal aufs Spiel setzen.» Derweil Ott darüber nachdenkt, gemeinsam mit der Liestaler Bürgergemeinde nach einer Lösung zu suchen.

Gleichzeitig stellt er sich die Frage, ob es sinnvoll sei, dass Grundwasser- und Sportzonen sich überlappen: «Da sind Interessenkonflikte programmiert.» Dem würde wohl auch Dominik Bänninger vom AUE beipflichten. Das Gutachten vom August 2010 landete einen Monat später bei seiner Behörde. «Hätten die Biker uns vorher angefragt», sagt er, «hätten sie bei dieser klaren Ausgangslage auf ein Gutachten verzichten können.» Ein Jahr hatte der Verein bereits auf Konzept, Gutachten und Sponsorensuche verwandet. Einen Effort, den er nochmals leisten muss, will er den Biker Park Tatsache werden lassen.

DANIEL AENISHÄNSLIN

NACHRICHTEN

Brand löst Probleme aus

Ein Glimmbrand in einem Stromverteiler hat am Freitagabend in zwei Liegenschaften an der Hauptstrasse in Oberdorf diverse Brandalarme ausgelöst sowie den Strom ausfallen lassen. Betroffen war auch die Filiale eines Grossverteilers. Verletzt wurde niemand. Beim Eintreffen der Feuerwehr war der Brand bereits erloschen. Die Liegenschaften wurden mit einem Grossraumlüfter ausgiebig gelüftet. Die Brandursache wird von der Polizei noch untersucht. (BZ)

Was zahlt Kantonalbank ans Theater?

Der Kampf der Baselbieter FDP gegen erhöhte Subventionen ans Theater Basel geht weiter. Nun verlangt der Prattler Landrat Patrick Schäfli von der Regierung Auskunft über die Rolle der Basellandschaftlichen Kantonalbank (BLKB). Als 100-prozentige Staatsbank habe diese bisher «namhafte Beiträge» ans Theater entrichtet. Nun will Schäfli wissen, welche Beiträge die BLKB bisher pro Jahr erzielt hat und ob allfällige Erhöhungen geplant sind. (BZ)